

CDU Fraktion im Landkreis Görlitz · Dresdener Straße 6 · 02826 Görlitz

Kreistag des Landkreises Görlitz
Landrat
Herrn Dr. Stephan Meyer
Bahnhofstraße 24
02826 Görlitz

CDU Fraktion im Landkreis Görlitz

Fraktionsvorsitzender:

Tilmann Havenstein

tilmann.havenstein@gmx.de

Fraktionsbüro
Dresdener Straße 6
02826 Görlitz

Tel: 03581 879349

info@cdu-kreistagsfraktion-goerlitz.de

Görlitz, 08.06.2026

Antrag der CDU Fraktion im Landkreis Görlitz

Industrielle Entwicklung im Norden des Landkreises Görlitz und Stärkung des Strukturwandels durch Industrie- und Bundesarbeitsplätze

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Görlitz beauftragt das Landratsamt, gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden die Entwicklung eines oder mehrerer Industriestandorte mit mindestens 50 Hektar Fläche im Norden des Landkreises Görlitz unter Nutzung von Mitteln des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) zu prüfen.

Dem Kreistag ist bis zum 30.06.2027 das Ergebnis der Prüfung vorzulegen. Dieses soll unter anderem konkrete Standortvorschläge, Kosten, Zeitpläne sowie Entscheidungsoptionen zu enthalten. Der Kreistag wird weiterhin jährlich über den Stand der Umsetzung informiert.

Dabei sind insbesondere folgende Zielstellungen zu berücksichtigen:

1. Flächenentwicklung und Standortvorsorge

Industrieflächen in der Größenordnung von mindestens 50 Hektar sind im Freistaat Sachsen wie auch bundesweit rar. Um im Standortwettbewerb bestehen zu können und einen strategischen Vorteil zu erlangen, ist eine frühzeitige Flächenentwicklung zwingend erforderlich.

Das neue Industriegebiet soll eine Mindestgröße von 50 Hektar umfassen und Erweiterungspotenziale für bestehende Unternehmen ebenso wie Ansiedlungsflächen für Neuansiedlungen bieten.

Bei der Flächenauswahl gilt der Grundsatz „**Brownfield**“ vor „**Greenfield**“: Die Reaktivierung und Entwicklung bereits genutzter oder vorbelasteter Flächen hat Vorrang vor der Inanspruchnahme unbebauter Flächen, insbesondere von Wald- und Naturflächen. Dieser Grundsatz ist verbindlicher Bestandteil der Kommunikation mit den Gemeinden, insbesondere bei Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Die Flächenauswahl und -entwicklung erfolgt im Einklang mit der Strategie des **Net Zero Valley Lausitz**. Diese länderübergreifende Strategie – unter Beteiligung der Kommunen beider Bundesländer – bildet den inhaltlichen Rahmen für die Priorisierung der Flächen. Insbesondere die Kraftwerksflächen der LEAG werden als Perspektivflächen in die Flächenkulisse einbezogen. Die laufende Abstimmung mit dem Land Brandenburg über Kriterien für weitere geeignete Flächen ist aktiv fortzuführen und in die kommunale Beteiligung einzuspeisen.

2. Infrastrukturelle Anbindung

Das Industriegebiet ist Verkehrlich leistungsfähig anzubinden – insbesondere an

- die Bundesautobahn A4,
- die Bundesautobahn A15 sowie
- die geplante Schnellzugverbindung von Görlitz über Weißwasser nach Berlin.

Eine verkehrsgünstige Anbindung ist Voraussetzung für die Ansiedlung produzierender Unternehmen und Logistikbetriebe.

Die infrastrukturelle Anbindung ist durch eine realistische Bewertung geplanter Verkehrsprojekte zu unterlegen.

3. Stärkung der Wirtschaftsförderung und des Mittelstands

Parallel zur Flächenentwicklung ist die Wirtschaftsförderung des Landkreises inhaltlich zu stärken und klarer auszurichten. Schwerpunkte sind:

- **Aktives Bestandsmanagement:** Bestehende Unternehmen werden regelmäßig begleitet. Wachstumshemmnisse werden frühzeitig erkannt und Erweiterungsvorhaben gezielt unterstützt.
- **Mittelstandsförderung:** Kleine und mittlere Unternehmen erhalten einfachen Zugang zu Beratung, Förderprogrammen und Netzwerken
- **Unternehmensnachfolge:** Betriebe ohne gesicherte Nachfolge werden aktiv begleitet, um Betriebsschließungen und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern.
- **Grenzüberschreitende Wirtschaftsförderung:** Die Grenzlage zu Polen und Tschechien wird als wirtschaftliches Potenzial genutzt – insbesondere im Rahmen der Doppelstadt Görlitz/Zgorzelec.

4. Fachkräftesicherung als Voraussetzung für Ansiedlungserfolg

Die Ansiedlung neuer Unternehmen setzt die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte voraus. Das Landratsamt wird beauftragt, gemeinsam mit der Hochschule Zittau/Görlitz, der Agentur für Arbeit und den Kommunen ein Konzept zur Fachkräftesicherung zu erarbeiten. Schwerpunkte sind:

- **Rückkehrer gewinnen:** Durch gezielte Anreize in den Bereichen Wohnraum, Kinderbetreuung und berufliche Perspektiven sollen Menschen, die die Region verlassen haben, zur Rückkehr motiviert werden.
- **Grenzpendler erschließen:** Das Arbeitskräftepotenzial von Pendlern aus Polen und Tschechien wird stärker genutzt.
- **Ausbildung stärken:** Die betriebliche Ausbildung wird in enger Zusammenarbeit mit regionalen Berufsschulen und Unternehmen ausgebaut.
- **LEAG-Beschäftigte begleiten:** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LEAG werden beim Übergang in neue Berufsfelder aktiv unterstützt.

5. Einbindung regionaler Ankerunternehmen und Strukturprojekte

Das Industriegebiet soll gezielt bestehende wirtschaftliche Ankerpunkte integrieren, insbesondere die Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG) sowie das Deutsche Zentrum für Astrophysik (DZA) und technologieorientierte Wertschöpfungsketten im Umfeld der Halbleiterindustrie in Dresden.

Von der LEAG erwarten wir, dass sie im Rahmen der ihr zufließenden Entschädigungszahlungen einen substanziellen Anteil in neue Geschäftsfelder und industrielle Wertschöpfung in der Lausitz investiert. Das geplante Industriegebiet kann hierfür eine geeignete Plattform bieten. Der Landkreis versteht sich dabei als aktiver Vermittler zwischen LEAG, Kommunen und potenziellen Investoren.

6. Fördermittelakquise und interkommunale Zusammenarbeit

Die Umsetzung soll unter Nutzung der Fördermittel aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen erfolgen. Dabei ist eine enge interkommunale Zusammenarbeit der betroffenen Gemeinden im Norden des Landkreises Görlitz sicherzustellen, um Synergien zu heben und eine abgestimmte Flächenentwicklung zu gewährleisten.

Zusätzlich ist die Entwicklung eines oder mehrerer Industriestandorte mit mindestens 50 Hektar Fläche im Norden des Landkreises Görlitz mit den Auswirkungen auf bestehende Strukturen im Landkreis abzugleichen.

Insbesondere sind Auswirkungen auf bestehende Wirtschaftsstandorte, kommunale Infrastruktur, Verkehr, soziale Daseinsvorsorge zu analysieren und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

7. Sicherung und Ausbau des BAFA-Standortes Weißwasser

Neben industrieller Entwicklung ist auch der Ausbau hochwertiger Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor ein wesentlicher Bestandteil eines erfolgreichen Strukturwandels. Der Kreistag spricht sich daher ausdrücklich für die Sicherung und den weiteren Ausbau des Standortes des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser aus.

Die Ansiedlung und Erweiterung von Bundesbehörden stärkt die regionale Wirtschaftsstruktur, schafft dauerhaft qualifizierte und gut vergütete Arbeitsplätze und erhöht die Attraktivität der Lausitz als Arbeits- und Lebensraum. Der Landkreis Görlitz unterstützt daher alle Initiativen gegenüber Bund und Freistaat Sachsen, die auf eine personelle und funktionale Erweiterung des BAFA-Standortes abzielen.

Begründung

Der Landkreis Görlitz und die Lausitz sollen auch nach dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung Industrieregion bleiben. Ziel ist es, hochwertige Industriearbeitsplätze zu sichern und neue industrielle Wertschöpfungsketten anzusiedeln.

Der Strukturwandel in der Lausitz stellt den Landkreis Görlitz vor enorme Herausforderungen. Mit dem Ausstieg aus der Braunkohle verbunden ist der Wegfall zahlreicher direkt und indirekt mit der Energiewirtschaft verbundener Arbeitsplätze. Gleichzeitig eröffnet der Transformationsprozess die Chance, neue industrielle Kerne zu entwickeln und die Wirtschaftsstruktur breiter aufzustellen.

Um diese Chance zu nutzen, müssen geeignete (großflächige und infrastrukturell hervorragend angebundene) Industrieflächen rechtzeitig bereitgestellt werden. Dabei gilt: Bestand hat Vorrang. Bestehende Flächen sind zunächst vollständig zu erfassen, zu erschließen und aktiv zu vermarkten. Ohne entsprechende Flächenangebote wird der Landkreis im Wettbewerb um Investitionen dauerhaft zurückfallen.

Gleichzeitig zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre: Flächen allein ziehen keine Investoren an. Entscheidend sind verfügbare Fachkräfte, eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung und eine aktive Begleitung bestehender Unternehmen. Der vorliegende Antrag verknüpft daher Flächenentwicklung, Wirtschaftsförderung und Fachkräftesicherung zu einem integrierten Ansatz.

Die Entwicklung eines mindestens 50 Hektar großen Industriegebietes im Norden des Landkreises ist daher ein strategischer Baustein zur Sicherung von Wertschöpfung, Beschäftigung und Zukunftsperspektiven in der Region. Ergänzend dazu leisten Bundesbehördenstandorte wie das BAFA in Weißwasser einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des regionalen Arbeitsmarktes und zur langfristigen Strukturdiversifizierung. Industriearbeitsplätze und hochwertige Verwaltungsarbeitsplätze bilden gemeinsam das Fundament einer resilienten Wirtschaftsstruktur nach der Braunkohle.

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzender der CDU Fraktion im Landkreis Görlitz